

Frühjahrgutachten

Deutschlands Wirtschaft in schwerem Fahrwasser

Das Frühjahrgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bestätigt: Deutschlands Wirtschaft steht eine schwierige Durststrecke ins Haus. Die amerikanische Hypothekenkrise hat sich zur größten Rezession der Nachkriegsgeschichte entwickelt. Umso mehr war und bleibt es erforderlich, verantwortungs- und wirkungsvoll zu handeln.

Der konjunkturelle Einbruch mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5 bis 6 Prozent im laufenden Jahr wird voraussichtlich länger dauern und größere Ausmaße annehmen, als noch vor wenigen Wochen erwartet. Auch wenn sich mittlerweile der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten erschöpft hat, ist die große Koalition ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht geworden.

In Rekordzeit wurden ein Bürgerschirm zur Stabilisierung des Finanzmarkts und zwei Konjunkturpakete im Umfang von rund 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf den Weg gebracht, um die Krise abzufedern und den Abschwung in Grenzen zu halten.

In den kommenden Wochen und Monaten werden die beschlossenen Maßnahmen zur Verstärkung der öffentlichen Investitionen und zur Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung mit einem Volumen von jeweils 18 Milliarden Euro zu greifen beginnen und zur Stützung der Nachfrage und der Beschäftigung beitragen.

Mit diesen Paketen einer bewusst antizyklischen Finanzpolitik ist die große Koalition an die Grenze des haushaltspolitisch Vertretbaren gegangen. Zu Recht lehnen die Forschungsinstitute die Auflage eines dritten Konjunkturpaketes ab. Deutschland darf sich nicht in eine Schuldenfalle begeben, wie die Erfahrungen der 70er Jahre verdeutlicht haben.

Darüber hinaus signalisieren die Konjunkturindikatoren wichtiger Institute, dass sich im Laufe des Jahres eine gewisse Stabilisierung der Lage ergibt. Ebenso wichtig ist die sich in jüngster Zeit abzeichnende Entspannung auf dem Finanzmarkt zwischen den Geldinstituten.

In der jetzigen Situation muss aber alles verhindert werden, was den Einbruch verstärkt. Eine Korrektur ist insbesondere bei der Zinsschranke im Rahmen der Unternehmenssteuerreform erforderlich, denn diese Schranke wirkt sich in Zeiten steigender Zinsaufwendungen und einbrechender Unternehmenserträge verheerend aus.

Forderungen, wie die nach Einführung flächendeckender Mindestlöhne und Steuererhöhungen für Leistungsträger, weisen in die völlig falsche Richtung. Eine Erhöhung der Arbeitskosten im Niedriglohnsektor würde sicherlich zu einer Verstärkung der Arbeitsmarktspannungen führen.

Und wer glaubt, mit einer Rückkehr zur gescheiterten Umverteilungspolitik und zu einer Bestrafung der Leistungsträger durch Steuererhöhungen die aktuelle Krise überwinden zu können, der betreibt Volksverdummung. Auch vor Panikmache ist zu warnen. Wer wie die SPD-Kandidatin für das Bundespräsidentenamt öffentlich vor sozialen Unruhen warnt verbreitet unverantwortliche Horrorszenarien.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

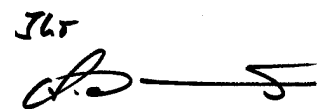
die Forderung im SPD-Wahlprogramm nach einer 300 Euro-Prämie für den Verzicht auf eine Steuererklärung ist unausgegoren und ein populistisches Wahlversprechen. Noch vor wenigen Wochen hat die SPD Forderungen nach Steuersenkungen brüsk zurückgewiesen. Mit ihrem 180-Grad-Schwenk versucht sie nun verzweifelt, bei diesem wichtigen Wahlthema doch noch auf den Zug zu springen, den die CSU auf's Gleis gesetzt hat.



Der Vorschlag grenzt zudem an Bauernfängerei. Gefordert ist eine seriöse und wirkungsvolle Steuerentlastung, von der alle und vor allem die arbeitende Mittelschicht profitiert. Doch gerade die wird vom SPD-Vorschlag überhaupt nicht berücksichtigt – im Gegenteil: Die Breite Masse der Arbeitnehmer wird die Zeche für dieses Wahlgeschenk zahlen müssen.

Populistisch sind auch die SPD-Pläne zur Ausweitung und Erhöhung der sog. Reichensteuer. Getroffen von dieser neuen Steuerkeule würde nicht nur die Einkommenschicht, die ohnehin bereits den Löwenanteil des gesamten Steueraufkommens schultert. Betroffen wäre vor allem auch der Mittelstand. Schließlich sind gut 80 Prozent der deutschen Wirtschaftsunternehmen als Personengesellschaften einkommensteuerpflichtig. Es wäre unverantwortlich, Zehntausende Unternehmen ausgerechnet in der tiefsten konjunkturellen Krise unseres Landes mit neuen Steuerbelastungen zu drangsalieren. Im Übrigen vollzieht SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier mit dieser Forderung eine bemerkenswerte Kehrtwende. Schließlich hat er als Kanzleramtsminister unter Gerhard Schröder die Senkung des Spitzensteuersatzes mitverantwortet. Politische Glaubwürdigkeit sieht wahrlich anders aus.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Dobrindt MdB

1. Lesung Kinderschutzgesetz

Zusammenarbeit bei der Kinderbetreuung verbessern

Vor dem Hintergrund eklatanter Einzelfälle von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung haben Bund, Länder und Kommunen in den letzten Jahren ihre Anstrengungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen erheblich verstärkt. So sind in mehreren Bundesländern entsprechende Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht und verabschiedet worden. Um gesetzliche Lücken auf Bundesebene zu schließen, bringt die Große Koalition nunmehr ein eigenes Kinderschutzgesetz auf den Weg, das in dieser Woche in 1. Lesung parlamentarisch beraten wurde.

Ziel gesetzlicher Maßnahmen von Bund und Ländern ist es, die verschiedenen mit dem Schutz von Kindern befassten Akteure besser miteinander zu vernetzen. Einige Bundesländer haben zudem die Verbindlichkeit der Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen von Kindern erhöht.

Im vorliegenden Kinderschutzgesetz soll nunmehr bundeseinheitlich die Rechtssicherheit bei der Abwägung der Schweigepflicht von Berufsgeheimnisträgern mit dem Kinderschutz erhöht und die Weitergabe von kindeswohlrelevanten

Informationen an die Jugendämter geregelt werden.



Im Vordergrund steht auch künftig die Elternverantwortung. Im Interesse eines aktiven Kinderschutzes müssen aber auch Erkenntnisse, die von Betreuungspersonen außerhalb der Familie gewonnen werden, unter bestimmten Voraussetzungen an die Jugendämter weitergegeben werden können, ohne dass sich diese Personen strafbar machen. Dies gilt

etwa für medizinisches Personal, das im Rahmen von Untersuchungen auf Verdachtsmomente für eine Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung stößt.

Daneben soll bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung das Jugendamt die Pflicht wahrnehmen müssen, das gefährdete Kind und in der Regel auch dessen persönliches Umfeld in Augenschein zu nehmen. Nur so können sich die Mitarbeiter einen unmittelbaren Eindruck von Kind und Eltern verschaffen. Geregelt wird auch, dass beim Wohnortwechsel dem neuen Jugendamt alle für eine Gefährdungseinschätzung notwendigen Informationen über eine Familie übermittelt werden.

Diese Woche

Frühjahrsgutachten

Deutschlands Wirtschaft in schwerem Fahrwasser S. 1

1. Lesung Kinderschutzgesetz

Zusammenarbeit bei der Kinderbetreuung verbessern S. 2

Landwirtschaft / Verbraucherschutz

Täuschung mit künstlichem Käse beenden S. 2

Landwirtschaft / Forschung

Ilse Aigner: „Grüne Gentechnik mit der gebotenen Sensibilität behandeln“ S. 3

70. Geburtstag von Carl-Dieter Spranger

CSU-Landesgruppe ehrt langjährigen Bundesminister mit Geburtstagsempfang S. 3

Debatte zum Berufsbildungsbericht 2009

Duales Ausbildungssystem verdient weiter Bestnoten S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Landwirtschaft / Verbraucherschutz

Täuschung mit künstlichem Käse beenden

Unternehmen der Lebensmittelindustrie und der Gastronomie verwenden für die Zubereitung von Pizzen, Aufläufen oder Käsebrötchen zunehmend sog. Analogkäse. Dieser Kunstkäse ist ein Gemisch aus Pflanzenfett, Wasser, Eiweißpulver und Geschmacksverstärkern und hat mit Käse aus Milch nichts zu tun. Die Unternehmen sind dringend aufgefordert, diese Praxis zu beenden und zur traditionellen Zutat Käse zurückzukehren. Damit könnten sie einen Beitrag zur Erhaltung einer leistungsfähigen heimischen Milchwirtschaft leisten.

Vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern ist überhaupt nicht bewusst, dass das, was sich z. B. auf der Pizza befindet, oft gar kein Käse ist, sondern nur ein Produkt mit einer - künstlich erzielten - geschmacklichen und optischen Ähnlichkeit.

Künftig ist vor allem im Rahmen der Lebensmittelkontrolle intensiv zu überprüfen, ob die Vorschriften der Lebensmittelkennzeichnung bei der Verwendung von Kunstkäse eingehalten werden. Wenn kein Käse verwendet wurde, darf auch nicht

der Eindruck erweckt werden. Alles andere ist eine grobe Verbrauchertäuschung und untersagt.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind gefordert, genau auf die Inhaltsstoffe ihrer Lebensmittel zu achten und entsprechende Kaufentscheidungen zu treffen. Die Landwirtschaftspolitiker der Unionsfraktion haben zudem die Bundesregierung gebeten, eine Verbraucheraufklärungskampagne zu starten und eine weitergehende Deklarationspflicht zu prüfen.

Landwirtschaft / Forschung

Ilse Aigner: „Grüne Gentechnik mit der gebotenen Sensibilität behandeln“

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hatte in der vergangenen Woche den Anbau der umstrittenen, weil genveränderten Maissorte MON 810 des US-Konzerns Monsanto untersagt. In einer „Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am Donnerstag rechtfertigte die Ministerin diese Entscheidung. Ihre Rede im Wortlaut:

„Wir stehen grundsätzlich in der Verantwortung für das Gemeinwohl unseres Landes. Deswegen kommen wir in der Politik nicht umhin, manchmal auch schwierige Entscheidungen zu treffen. Das ist unsere Aufgabe. Ich habe mir die Entscheidung für das Verbot von MON810 nicht leicht gemacht.

Es ist eine klare Einzelfallentscheidung, die ich nach Abwägung aller mir vorliegenden, unterschiedlichen Forschungsergebnisse fachlich getroffen habe. Wie andere Nachbarländer auch, habe ich die in der EU vereinbarte Schutzklausel gezogen in dem Bestreben, möglichen Schaden abzuwenden und Widersprüchliches zu klären. Wo immer wissenschaftliche Anhaltspunkte gegeben sind, die den Schluss nahe legen, dass von gentechnisch veränderten Organismen Gefahren für die Umwelt ausgehen, müssen wir reagieren. Das war der Fall. Mit meiner Entscheidung ist kein Verdikt gegen neue, moderne Technologien ausgesprochen - nicht gegen die Lebenswissenschaften im Allgemeinen und die Grüne Gentechnik im Speziellen. Hier, wie bei allen jungen Technologien, muss man besonders auf Chancen und Risiken achten. Wir brauchen gesichertes Wissen. Dafür braucht man Zeit.

Gerade dann, wenn Erkenntnisse noch nicht ausgereift sind und Anwendungen noch gezielter Erfahrungen bedürfen, gilt bei der Zulassung in besonderem Maß das Prinzip der Vorsorge. Das bedeutet: Der Schutz von

Mensch und Umwelt muss an vorderster Stelle stehen. Und: Wir müssen derzeitige Warnhinweise mit der gebotenen Sensibilität behandeln. Ich bekenne mich klar zum Wissenschaftsstandort Deutschland. Mehr denn je wird unser künftiger Wohlstand von Wissenschaft, Forschung und technologischer Entwicklung abhängen. Es macht Sinn, Forschung, die weltweit betrieben wird, mitzugestalten. Das gilt auch für die Grüne Gentechnik. Grundlagen-, Anwendungs- und Sicherheitsforschung müssen Hand in Hand gehen. Wir dürfen uns nicht künstlich dumm halten. Aber wir müssen auch - das ist ebenfalls ein Gebot der Wissenschaft - eventuelle Alternativen prüfen und beispielsweise in der Züchtungsforschung alle verfügbaren Verfahren der Biotechnologie auf ihre Anwendbarkeit untersuchen und bei Eignung nutzen.

Grüne Gentechnik ist ein Thema, das kontroverse und emotionale Diskussionen auslöst. Deswegen brauchen wir fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und die Klärung ethischer Positionen. Wir müssen aber auch Ängste und Befürchtungen von Menschen aufnehmen. Es gilt, Brücken zu schlagen mit dem Ziel einer öffentlichen, transparenten, sachlichen Diskussion. Darin bin ich mit meiner Ministerkollegin Annette Schavan einig. Gemeinsam werden wir uns mit Wissenschaftlern, Verbänden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen an einen Tisch setzen, um im Pro und Contra Chancen und Risiken der Gentechnik auszuloten.“

70. Geburtstag von Carl-Dieter Spranger

CSU-Landesgruppe ehrt langjährigen Bundesminister

Anlässlich seines 70. Geburtstages bereiteten zahlreiche politische Wegbegleiter und Ehrengäste dem langjährigen CSU-Bundestagsabgeordneten und Bundesminister Carl-Dieter Spranger am Dienstag im Berliner Reichstagsgebäude einen herzlichen Empfang.

Gastgeber Dr. Peter Ramsauer würdigte den Jubilar als Musterbeispiel für einen durch und durch christlich-konservativen Politiker, der in seiner aktiven parlamentarischen Laufbahn das wertkonservative Profil der CSU maßgeblich mitgeprägt habe. Den Anfeindungen, denen er sich als Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Verfechter eines starken Staates bei der Kriminalitätsbekämpfung sowie später als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zunächst ausgesetzt gesehen habe, sei Carl-Dieter Spranger stets mit großer Entschlossenheit,



vl.n.r.: Dr. Peter Ramsauer, Gudrun Spranger, Eduard Oswald, Carl-Dieter Spranger und Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert

Souveränität und Prinzipientreue entgegengetreten. Angesichts der bleibenden Leistungen verwundere es kaum, dass selbst erbitterte poli-

tische Gegner von einst das erfolgreiche Wirken Sprangers heute mit größtem Respekt würdigten, so der CSU-Landesgruppenchef weiter.

Vor allem die neue Akzentsetzung in der Entwicklungspolitik bleibe auf das engste mit dem Namen Carl-Dieter Sprangers verbunden. Die Verknüpfung von Entwicklungshilfeleistungen Deutschlands an die Einhaltung der Menschenrechte sowie an eine rechtsstaatliche Regierungspraxis in den Empfängerländern seien bis heute unbestrittene Standards deutscher Entwicklungspolitik.

Debatte zum Berufsbildungsbericht 2009

Duales Ausbildungssystem verdient weiter Bestnoten

Ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil Deutschlands, den es zu sichern und auszubauen gilt, ist der hohe Bildungs- und Ausbildungsstand. Innerhalb des deutschen Bildungssystems kommt der dualen Berufsausbildung traditionell ein hoher Stellenwert zu: Für zwei Drittel der Jugendlichen in Deutschland ist diese Form der beruflichen Qualifizierung der Einstieg in das Berufs- und Arbeitsleben.

Das duale Ausbildungssystem ist sowohl für die Jugendlichen als auch für die Wirtschaft attraktiv. Für die Jugendlichen geht es bei der Wahl einer Berufsausbildung um ihre Lebensplanung und die Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Für die Wirtschaft geht es um die Sicherung des eigenen Fachkräftenachwuchses und damit um den Erhalt ihrer Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit.

Deshalb kann das Zahlenwerk des Berufsbildungsberichts 2009 als Bestätigung unserer Ausbildungsmarktpolitik gewertet werden: Das Ausbildungsplatzangebot konnte ausgeweitet und die Zahl der unversorgten Bewerber spürbar reduziert werden.

Von Oktober 2007 bis September 2008 wurden bundesweit 616.259 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Damit hat sich die seit dem Jahr 2006 zu beobachtende Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt fortgesetzt.

Einen wesentlichen Beitrag hierzu hat der zwischen Bundesregierung und Wirtschaft geschlossene Ausbildungspakt geleistet. Seine jährlichen Ziele werden seit seiner Gültigkeit in jedem Jahr erreicht und sogar noch übertroffen.

Der von der Linken geforderten Ausbildungsplatzabgaben bedurfte es dazu nicht. Die Unternehmen kennen ihre ureigensten Interessen und handeln danach. Sie werden wissen, dass sie vor dem Hintergrund der langfristigen demografischen Entwicklung mit abnehmenden Geburtenzahlen und des damit verbundenen Fachkräftemangels auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht in ihren Ausbildungsanstrengungen nachlassen dürfen.

Strukturelle Veränderungen des Ausbildungsangebotes				
	Fertigungsberufe		Dienstleistungsberufe	
1997	280.131		301.137	
2008	247.924	- 9 %	349.691	+ 14 %

Wer jetzt nicht ausbildet, darf sich später nicht über Fachkräftemangel beklagen. Schon 2008 blieben am Ende knapp 20.000 Lehrstellen offen. Für 2009 ist zwar wegen der Wirtschaftskrise zu erwarten, dass insgesamt weniger Lehrstellen angeboten werden. Allerdings gibt es gleichzeitig fast 37.000 Schulabgänger weniger. 2010 wird es nicht besser. Dann sinkt die Zahl der Schulabgänger um weitere 25.000. Gut beraten ist daher, wer jetzt vorsorgt.

Das Berufsbildungssystem steht vor den gleichen Herausforderungen wie das deutsche Bildungssystem insgesamt: Die Anforderungen an die Unternehmen und die Beschäftigten und somit auch an die Ausbildung wachsen aufgrund des schnellen technologischen Wandels, der Internationalisierung der Wirtschaft und der veränderten Arbeitsorganisationen in den Unternehmen. Der demografische Wandel verändert das zur Verfügung stehende Fachkräftepotenzial grundlegend.

Daher haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt: Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss soll bis zum Jahr 2015 von acht auf vier Prozent gesenkt und das Nachholen des Hauptschulabschlusses erleichtert werden. Die Zahl der Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung soll verringert werden - von heute 17 auf 8,5 Prozent. Außerdem wollen die Länder schnell Voraussetzungen dafür schaffen, dass Personen mit Meister-, Techniker-, Fachwirt- und gleichgestellten Abschlüssen der allgemeine Hochschulzugang und beruflich Qualifizierten nach erfolgreichem Berufsabschluss und dreijähriger Berufstätigkeit der fachgebundene Zugang zur Hochschule eröffnet wird.

CSU-Wahlkreisnachfolger auf Berlin-Tour

In sieben Wahlkreisen bewerben sich im Herbst neue Bewerber um einen Sitz im Deutschen Bundestag, nachdem die amtierenden Abgeordneten aus dem Parlament ausscheiden und nicht mehr kandidieren. Um sich erste Eindrücke vom Miteinander in der CSU-Landesgruppe sowie vom Parlamentsbetrieb einer Bundestagsitzungswoche verschaffen zu können, waren die sieben CSU-Wahlkreisnachfolger in dieser Woche auf Einladung des CSU-Landesgruppenvorsitzenden nach Berlin gekommen. Auf dem Programm standen die Teilnahme an fachpolitischen Sitzungen sowie eine ausführliche Begutachtung der künftigen Arbeitsumgebung in den Gebäuden des Deutschen Bundestages.



v.l.n.r.: Peter Aumer, Karl Holmeier, Michael Frieser, Dr. Peter Ramsauer, Florian Hahn, Stephan Stracke, Dr. Reinhard Brandl, Ulrich Lange und Hartmut Koschyk